

Anlage 3 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen 2014

Anträge der Fraktionen

Beschlussentwurf

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2014 und die Stellungnahmen des Bürgermeisters hierzu zur Kenntnis.

Sachverhalt

Dem Bürgermeister liegen seitens der Fraktionen Anträge zum Haushaltsentwurf 2014 vor. Die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss betreffenden Anträge, die Stellungnahmen sowie der jeweilige Beschlussentwurf des Bürgermeisters hierzu sind nachstehend dargestellt.

Lfd. Nr.	Produkt-Gruppe / Seite Haushalts-entwurf	Ausschuss	Antragsteller	Erläuterungen
1		HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Nicht umgesetzte Beschlüsse Der Bürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wann nachfolgende Anträge/Anfragen umgesetzt werden: Köln-Ticket (Vorlage 500/2012), Neu- und Ersatzbeschaffung von städtischen Fahrzeugen als Elektrofahrzeuge, Sanierungskonzept Toilettenanlagen an Schulen, Konzeption Hausmeister, Parkraumbewirtschaftungskonzept, Weiterentwicklung der Feuerwehr, betriebliches Vorschlagswesen und Sponsorenkatalog. Erläuterung: <u>Köln-Ticket:</u> Prüfauftrag erledigt. Zum Prüfauftrag betr. Einrichtung einer Köln Ticket-Agentur in Bornheim wird auf die Vorlage Nr. 550/2013-1 zur Sitzung des SKA vom 19.11.2013 verwiesen. <u>Neu- und Ersatzbeschaffung von städtischen Fahrzeugen als Elektrofahrzeuge:</u> Prüfauftrag erledigt, Daueraufgabe. Die Frage der Beschaffung von Elektrofahrzeugen wird bei jeder Ersatzbeschaffung von städtischen Fahrzeugen immer in die Prüfung einbezogen. <u>Sanierungskonzept Toilettenanlagen an Schulen</u> Prüfauftrag in der Umsetzung - siehe Vorlage ASS Nr. 565/2013-2. Der ASS hat in

				seiner Sitzung am 26.11.2013 antragsgemäß beschlossen. <u>Konzeption Hausmeister</u> Prüfauftrag erledigt. Hierzu wurde zuletzt mit Vorlage HFWA Nr. 554/2012-2 berichtet (siehe lfd. Nr. 41 der Maßnahmenliste zur Haushaltskonsolidierung). <u>Parkraumbewirtschaftungskonzept</u> Wegen der Vielzahl der straßenverkehrsrechtlicher Aufgaben und bestehender personellen Engpässe konnte kein als Entscheidungsgrundlage dienendes Parkraumbewirtschaftungskonzept erarbeitet werden. Der Bürgermeister hat daher in diesem Jahr ein externes Ingenieurbüro mit der Erstellung der Konzeption beauftragt. Nach einer erfolgten Abstimmung mit dem beauftragten Büro wird dieses zeitnah ein entsprechendes Konzept vorlegen, über das die Ratsgremien dann bis spätestens Ende des I. Quartals 2014 entscheiden sollen. <u>Weiterentwicklung der Feuerwehr</u> Prüfauftrag erledigt. Hierzu wird auf Vorlage HFWA Nr. 017/2013-3 sowie den Brandschutzbedarfsplan (siehe Vorlage Ratssitzung am 17.12.2013) verwiesen. <u>Betriebliches Vorschlagswesen</u> Die Angelegenheit ist derzeit noch in Bearbeitung. <u>Sponsorenkatalog</u> Die Angelegenheit ist derzeit noch in Bearbeitung. Der Bürgermeister wird zu den noch nicht erledigten Punkten eine Umsetzungsübersicht erstellen. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, zu den Themen betriebliches Vorschlagswesen und Sponsorenkatalog eine Umsetzungsübersicht zu erstellen.
2		HFWA	FDP - Fraktion	Antrag: Kennzahlen-System ausbauen und verbessern Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, für den Haushalt 2015 das Kennzahlen-System im Haushalt so zu verbessern, dass eine Steuerung durch den Rat damit möglich wird. Zu jeder Kennzahl, die dargestellt wird, sollen als Benchmark Kennzahlen anderer Kommunen dargestellt werden. Außerdem sollen neben dem Ziel auch mögliche Zielerreichungsstrategien dargestellt werden. Erläuterung: Die Produktbeschreibung sind auf den Seiten 62, 68, 89, 98, 174 und 174, 207, 249 und 250, 266, 274, 336 und 337 sowie auf Seite 334 des Haushalts-

				entwurfes 2014 dargestellt. Gemäß den haushaltsrechtlichen Vorschriften (Gemeindehaushaltsverordnung §§ 4 u. 12) sind als Grundlage zur Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushaltes Ziele und Kennzahlen zu bilden. Um dies zu erreichen, wurde diese Aufgabe in dem Projekt Ziele und Kennzahlen, dessen Projektleitung der Stabstelle Controlling obliegt, in den Haushaltsentwurf 2014 implementiert. Das Projekt ist in 2013 gestartet. Die im Haushaltsentwurf 2014 eingeflossenen Projektergebnisse wurden in Projektarbeit in den vergangenen Monaten zusammen mit den jeweiligen Produkt- bzw. Budgetverantwortlichen entwickelt. Dabei wurden für einen ersten „Einstieg“ in ein flächendeckendes Ziel- und Kennzahlensystem für ausgesuchte, besonders haushaltsrelevante Produktgruppen strategische sowie operative Ziele und Maßnahmen definiert. Zur Messung der Zielerreichung wurden hierzu entsprechende mit dem Haushalt korrespondierende Kennzahlen festgelegt. Der Haushaltsentwurf 2014 umfasst in seiner Produktbeschreibung zur Produktgruppe 1.01.09 Personalmanagement die strategischen und operativen Ziele und die zur Zielerreichung beabsichtigten Maßnahmen. Es liegt in der Verantwortung der Produkt- bzw. Budgetverantwortlichen, die Umsetzung der geplanten und im Haushalt beschriebenen Maßnahmen wirkungsvoll und zeitnah zu ergreifen. Der Umsetzungsprozess wird durch ein zweck- und zeitgemäßes Berichtswesen unterstützt werden. Der Bürgermeister wird im Arbeitskreis Finanzen regelmäßig zum Fortgang der Projektarbeit berichten. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, das Ziel- und Kennzahlensystem sowie die Steuerungsqualität im Haushalt 2015 weiter auszubauen und zu verbessern.
3		HFWA	FDP - Fraktion	Antrag: Werterhaltende Investitionen Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, ab dem Haushaltsjahr 2015 werterhaltende Investitionen im Bestand vorzusehen, deren Höhe mit der Summe der Abschreibungen auf das Vermögen der Stadt korrespondiert.

				Erläuterung: Der Haushaltsentwurf 2014 sieht bereits Investitionen vor, deren Höhe die Summen der jährlichen bilanziellen Abschreibungen übersteigen. Nähere Ausführungen zur Investitionstätigkeit enthält der Vorbericht des Haushaltsentwurfes 2014 auf Seite 29. Die Umsetzung der geplanten Investitionen ist abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
4	1.01.06 Zentrale Dienste Seite 51 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Telefonanlage Der Bürgermeister wird beauftragt, die Kosten für die Telefonanlage lt. Beschluss 405/2013-1 in den Haushalt einzustellen. Dies würde eine Einsparung von rd. 44.000 € bedeuten. Erläuterung: Das Ergebnis der Ausschreibung ist in der Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2014 Produktgruppe 1.01.06 berücksichtigt (grau hinterlegt). Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die der Änderungsliste entsprechenden Haushaltsmittel für 2014 und Folgejahre im Haushalt zu kürzen.
5	1.01.09 Personalmanagement Seite 61 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Qualifizierungskonzepte für Mitarbeiter Der Bürgermeister wird beauftragt, das Fortbildungskonzept (siehe S. 62 HH) für die einzelnen Geschäftsbereiche / Mitarbeiter darzustellen. Erläuterung: Der Bürgermeister verweist auf das vorgestellte Personalentwicklungskonzept. Die Fachbereiche planen ihren Fortbildungsbedarf dezentral. Die Ansätze sind in den jeweiligen Produktbereichen enthalten. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.

6	1.01.09 Personalmanagement Seite 61 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Stellenbeschreibung Zweitwohnungssteuer Der Bürgermeister wird beauftragt, die konkrete Stellenbeschreibung für die Stelle 812 (Zweitwohnungssteuer) vorzulegen. Siehe auch Nr. 18 dieser Vorlage. Erläuterung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken gegen den Beschluss. Beschlussentwurf: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, eine Stellenbeschreibung für die Stelle 812 (Zweitwohnungssteuer) vorzulegen.
7	1.01.09 Personalmanagement Seite 61 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Stellenplan Der Bürgermeister wird beauftragt, die Stelle 739 mit einem k. u. Vermerk zu versehen. Erläuterung: Der Stelle liegt eine sachgerechte Bewertung anhand der Stellenbeschreibung zu Grunde. Die Ausbringung eines k.u.-Vermerkes ist aus Sicht des Bürgermeisters somit nicht zulässig. Beschlussentwurf: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
8	1.01.11 Organisation Seite 72 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Organisationsuntersuchung FB 2 Der Bürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des FB 2 vorzulegen. Erläuterung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken gegen den Beschluss. Beschlussentwurf: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des FB 2 vorzulegen.
9	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Jugendgemeinschaftsräume Dersdorf Der Bürgermeister wird beauftragt, die für 2013 eingeplanten Haushaltsmittel für die Herstellung des 2. Fluchtweges unverzüglich zu verausgaben und die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen der Räumlichkeiten umzusetzen. Falls eine Realisierung 2013 nicht erfolgt, sollen die Haushaltsmittel ins Haushaltsjahr 2014 übertragen werden und diese Maßnahme mit hoher Priorität verfolgt werden.

				Erläuterung: Auf Grund fehlender Kapazitäten im Fachbereich 6 wird eine Realisierung in 2013 nicht erfolgen. Daher werden die für 2014 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Herstellung des 2. Fluchtweges in den Jugendgemeinschaftsräumen Dersdorf über die Änderungslisten zum Haushaltsentwurf 2014 eingeplant. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Herstellung des 2. Fluchtweges in den Jugendgemeinschaftsräumen Dersdorf über die Änderungslisten zum Haushaltsentwurf 2014 einzustellen.
10	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff. 1.12.02 Straßenbau-, unterhaltung – bewirtschaftung Seite 335 ff. SBB	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Grünpflege und Straßenunterhaltung Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Definition der Standards im Bereich Grünpflege und Straßenunterhaltung je einen Arbeitskreis einzurichten. Erläuterung: Die Straßenunterhaltung, die auch die Leistungen der Grünpflege im öffentlichen Verkehrsraum beinhaltet, ist gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2007 (Vorlage 339/2007-2) an den Stadtbetrieb Bornheim übertragen. Qualität und Quantität wurden in der o.a. Vorlage wie folgt definiert: „Diese Aufgaben werden in dem Umfang, wie sie die Stadt bis zum 31.12.2007 erledigt, zur Wahrnehmung übertragen. Hierbei ist zu beachten, dass die Finanzierung nur insoweit aus der Stadtpauschale erfolgt, wie dies zum 31.12.2007 der Fall ist. Im Übrigen sind Leistungen nach gesondertem Auftrag gesondert zu vergüten. Auf der Basis dieser Beschlusslage hat der Bürgermeister in 2008 die o. a. Leistungen qualitativ in einer Leistungsbeschreibung (Teil I u. Teil II), die zwischen der Stadt und dem Stadtbetrieb abgestimmt wurde, Die „Leistungsbeschreibung und Anforderungen an die Ausführung der Maßnahmen zur Erfüllung der städtischen Verkehrssicherungspflicht“ wurden im Teil I für das Aufgabenfeld des Straßenbaulasträgers und im Teil II für das Aufgabenfeld des Straßenbegleitgrüns, der öffentlichen Anlagen, der Sportplätze, der öffentlichen Spielplätze sowie der Außenanlagen bei Kindergärten und Schulen zwischen der Stadt und dem Stadtbetrieb vereinbart, explizit beschrieben und definiert. Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, zur Definition der Standards im Bereich Grünpflege und Straßenunterhaltung je einen Arbeitskreis einzurichten.

				Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA bildet jeweils eine Arbeitsgruppe mit je zwei Mitgliedern der Fraktionen zur Definition von Standards im Bereich Grünpflege und im Bereich Straßenunterhaltung.
11	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff. 1.13.01 Öffentliches Grün Seite 407 1.12.02 Straßenbau-, - unterhaltung, - bewirtschaftung Seite 335 ff.	HFWA	FDP - Fraktion	Antrag: Leistungen Grünpflege und Straßenpflege ausschreiben Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, eine Ausschreibung der Leistungen Grünpflege und Straßenpflege zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzubereiten. Erläuterung: Die Leistungen, die hier angesprochen sind, werden auf Grund einer Leistungsvereinbarung mit dem Stadtbetrieb Bornheim von diesem eigenverantwortlich durchgeführt. Zur Zeit ist nicht geplant, diese Leistungen extern auszuschreiben. Die Straßenunterhaltung, die auch die Leistungen der Grünpflege im öffentlichen Verkehrsraum beinhaltet, ist gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2007 (Vorlage 339/2007-2) an den Stadtbetrieb Bornheim übertragen worden. Der Antrag bedingt eine entsprechende Änderung des o. a. Ratsbeschlusses. Eine Ausschreibung der og. Leistungen könnte dazu führen, dass erhebliche Personalkapazitäten des Stadtbetriebs für diese Leistungen nicht mehr genutzt werden könnten und nicht mehr finanziert wären. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.
12	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff. 1.13.01 Öffentliches Grün Seite 406 ff.	HFWA	SPD - Fraktion	Antrag: Erhöhung der Stadtpauschale für SBB zum Zweck der Umgestaltung in pflegeleichtere Grünflächen 40.000 €. Erläuterung: Der Bürgermeister hat hinsichtlich der sachlichen Notwendigkeit keine Bedenken gegen einen entsprechenden Beschluss. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € zum Zweck der Umgestaltung in pflegeleichtere Grünflächen in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

13	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff.	HFWA/ ASS	Fraktion UWG / Forum	Antrag: Projekt Gymnasium Um Verschmutzungen zu vermeiden, dürfen Schulhof und Toiletten nicht weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Wir beantragen daher, die Zaunanlage bereits in 2014 zu errichten und nicht wie geplant, erst in 2016. Kosten 15.000 €. Erläuterung: Die Maßnahme Zaunanlage AvH befindet sich in der Realisierung und wird aus den 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln realisiert. Beschlussentwurf: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
14	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff. 1.03.01 Grundschulen Seite 177 ff. 1.03.02 Haupt-/Sekundarschulen Seite 182 ff. 1.04.01 Kulturförderung Seite 213 ff.	HFWA/ ASS/ SKA	Fraktion UWG / Forum	Antrag: Wir beantragen, die erforderlichen Maßnahmen zur Nutzung der Turnhalle für die Dorfgemeinschaft Merten und die Vereine in den Haushalt 2014 einzustellen, und zwar zur Unterstützung und Förderung der Brauchtumpflege. Gespräche wurden diesbezüglich mit der Verwaltung geführt. Kosten sollten ermittelt werden. Wir beantragen, die zu erwartenden Kosten einzustellen oder geschätzte 100.000 €. Erläuterung: Der SKA und der VPLA haben in ihren Sitzungen zum Haushalt beschlossen, den Bürgermeister zu beauftragen, eine Auflistung zu erstellen, welche Turnhallen als Veranstaltungsräume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnten und welche notwendigen Umbaumaßnahmen ggf. vorgenommen werden müssten, um eine Nutzung zu ermöglichen. Diese Prüfung beschränkt sich zunächst auf die Hallen in den Ortschaften Rösberg, Merten, Sechtem sowie für die Halle des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums. Zur Feststellung des Bedarfs für weitergehende Prüfungen werden die Ortsausschüsse bzw. Vereinsgemeinschaften abgefragt. Der ASS hat die Angelegenheit ohne Votum an den HFWA verwiesen. Beschlussentwurf: Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Auflistung zu erstellen, welche Turnhallen als Veranstaltungsräume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnten und welche notwendigen Umbaumaßnahmen ggf. vorgenommen werden müssten, um eine Nutzung zu ermöglichen. Diese Prüfung beschränkt sich zunächst auf die Hallen in den Ortschaften Rösberg, Merten, Sechtem sowie für die Halle des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums. Zur Feststellung des Bedarfs für weitergehende Prüfungen werden die Ortsausschüsse bzw. Vereinsge-

				meinschaften abgefragt.
15	1.02.03 Überwachung ruhender Verkehr Seite 143 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Parkraumbewirtschaftung Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erlöse und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu streichen. Erläuterung: Mit den Beschlüssen zur Vorlage-Nr. 226/2010-2 (HFWA vom 17.06.2010 / Rat 08.07.2010) wurde der Bürgermeister beauftragt, die Möglichkeiten einer flächendeckende Parkraumbewirtschaftung zu prüfen und ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung (vgl. Nr. 79 der Konsolidierungsliste -konsumtiv-) vorzulegen. Da kein gegenteiliger Beschluss existiert und dieser Auftrag somit fortbesteht, stände eine endgültige Streichung der Ansätze im Widerspruch zur dargestellten Beschlusslage. Sofern eine zeitliche Verschiebung in das Haushaltsjahr gemeint ist, in der Parkraumbewirtschaftung tatsächlich eingeführt wird, sollte dies grundsätzlich möglich sein. Allerdings wird weiterhin angestrebt, im Laufe des Haushaltsjahres 2014 mit der Parkraumbewirtschaftung zu beginnen, so dass die Ansätze eingestellt bleiben sollten. Für dieses Konzept wurde in diesem Jahr ein Auftrag an ein externes Ingenieurbüro erteilt. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, dem Antrag nicht zu entsprechen.
16	1.02.07 Feuer- und Bevölkerungsschutz Seite 163 ff.	HFWA	SPD - Fraktion	Antrag: Jugendfeuerwehr Aufbau von Kindergruppen 1.000 € Absicherung haftungsrechtlicher Risiken 500 € Erläuterung: Die Rahmenbedingungen für den Aufbau der Kindergruppen in der Feuerwehr werden derzeit erarbeitet und in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Feuerwehr im Land Nordrhein-Westfalen abgestimmt. Die Prüfung wird in der ersten Jahreshälfte 2014 abgeschlossen sein. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, im Haushalt 2014 zur Unterstützung des Angebotes von Kindergruppen in der Jugendfeuerwehr 1.500 € bereitzustellen.

17	1.11.03 Wasserversorgung Seite 321 ff.	HFWA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grü-ne	Antrag: Betriebsführung Wasser Der Bürgermeister wird beauftragt, die Beratungskosten von 50.000 € zu streichen, da kein Konzessionierungsverfahren geplant ist. Erläuterung: Im Zusammenhang mit dem Auslaufen des bestehenden Wasser-Konzessionsvertrages am 31.12.2014 sieht der Haushaltsentwurf 2014 für das Haushaltsjahr 2014 für externe juristische Beratungsleistungen Aufwendungen in Höhe von 20.000 € vor zur Sicherstellung eines inhaltlich und verfahrensrechtlichen einwandfreien Neuabschlusses des Wasser-Konzessionsvertrages. Für Kapitalertragsteuer sowie jährliche Solidaritätsumlage für Eigenkapitalverzinsung Wasserwerk sind rd. 21.000 € veranschlagt. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
18	1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft Seite 442 ff.	HFWA	FPD - Fraktion	Antrag: Abschaffung der Zweitwohnungssteuer Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, eine Abschaffung der Zweitwohnungssteuer ab dem Haushaltsjahr 2014 vorzusehen und die dafür notwendige Stelle aus dem Stellenplan zu streichen. Siehe auch Nr. 6 dieser Vorlage. Erläuterung: Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurde in seiner Sitzung am 02.07.2013 mit Vorlage Nr. 356/2013-2 über den Sachstand zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Bornheim informiert. In einem weiteren Bericht wird dem HFWA in der Sitzung am 04.12.2013 über den aktuellen Sachstand, die weitere Vorgehensweise und über die finanziellen Auswirkungen berichtet. Hierzu wird auf die Vorlage Nr. 604/2013-2 hingewiesen. Beschlussentwurf: HFWA: Der HFWA nimmt die Ausführungen des Bürgermeister zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat, den Bürgermeister zu beauftragen, die notwendigen Maßnahmen zur rückwirkenden Aufhebung der Zweitwohnungssteuersatzung zu veranlassen. Alternativ: Der HFWA empfiehlt dem Rat, dem Antrag nicht zu entsprechen. Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, die

				notwendigen Maßnahmen zur rückwirkenden Aufhebung der Zweitwohnungssteuersatzung zu veranlassen. Alternativ: Der Rat beschließt, dem Antrag nicht zu entsprechen.
19	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff.	HFWA SKA VPLA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne UWG / Forum - Fraktion	Antrag: Turnhallen als Veranstaltungsräume Siehe Lfd. Nr. 6 und 8 der 2. Ergänzungsvorlage Nr. 552/2013-2 Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Auflistung zu erstellen, welche Turnhallen als Veranstaltungsräume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnten und welche notwendigen Umbaumaßnahmen ggf. vorgenommen werden müssten, um eine Nutzung zu ermöglichen. Wir beantragen, die erforderlichen Maßnahmen zur Nutzung der Turnhalle für die Dorfgemeinschaft Merten und die Vereine in den Haushalt 2014 einzustellen, und zwar zur Unterstützung und Förderung der Brauchtumspflege. Gespräche wurden diesbezüglich mit der Verwaltung geführt. Kosten sollten ermittelt werden. Wir beantragen, die zu erwartenden Kosten einzustellen oder geschätzte 100.000 €. Erläuterung: Es gibt bereits aktuelle Überlegungen zur Nutzung von Turnhallen als Veranstaltungsräume in den Ortschaften Rösberg, Merten und Sechtem. Beschluss SKA Vorlage Nr. 552/2013-2 Über die Anträge Nr. 6 und Nr. 8 wurde gemeinsam entschieden. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Beschluss ASS Vorlage Nr. 565/2013-2 In diesen Ausschüssen wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst: Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Auflistung zu erstellen, welche Turnhallen als Veranstaltungsräume für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnten und welche notwendigen Umbaumaßnahmen ggf. vorgenommen werden müssten, um eine Nutzung zu ermöglichen. Diese Prüfung beschränkt sich zunächst auf die Hallen in den Ortschaften Rösberg, Merten, Sechtem sowie für die Halle des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums. Zur Feststellung des Bedarfs für weitergehende Prüfungen werden die Ortsausschüsse bzw. Vereinsgemeinschaften abgefragt. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, eine Auflistung antragsgemäß zu erstellen.

20	1.04.01 Kulturförderung	HFWA SKA	SPD - Fraktion FDP - Fraktion	Antrag: Kultur Theater im Kloster, <u>Mietkostenzuschuss:</u> 25 % der Mietkosten Antrag: Zuschuss für das Theater im Kloster Der SKA beschließt, dem Förderverein des Theaters im Kloster einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10.000 € zu gewähren. Diese zusätzliche freiwillige Ausgabe wird kompensiert durch Einsparungen bei den Mietzahlungen für die Stadtbücherei. Erläuterung: Freiwillige Aufwendungen der Stadt sind entsprechend der kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfügung zum Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2012 – 2022 einer Prüfung zu unterziehen, da die Genehmigung zum HSK unter folgender Auflage erteilt wurde: „Bei allen freiwilligen Leistungen, die die Stadt erbringt, hat sie im Einzelnen zu prüfen, ob sie aufgegeben werden können bzw. ob eine Reduzierung des Aufwands möglich ist. Neue freiwillige Aufwendungen sind nur zulässig, wenn sie durch den Wegfall anderer freiwilliger Leistungen mindestens kompensiert werden.“ Die Miete für die Stadtbücherei reduziert sich pro Jahr um 10.700 €. Diese positive Entwicklung führt zu einer Aufwandsentlastung innerhalb der Gebäudewirtschaft (1.01.15). Die ordentlichen Aufwendungen der Stadtbücherei werden hierdurch nicht gemindert. Auch wird hierdurch keine entlastende Wirkung der gesamtstädtischen freiwilligen Leistungen erreicht. Dies wäre dann gegeben, wenn eine der in der Übersicht der freiwilligen Leistungen aufgeführten freiwilligen Aufwendung wegfallen würde. Beschluss SKA Vorlage 552/2013-2; 2. Ergänzungsvorlage Nr. 1 und 2 Über die lfd. Nr. 1 und Nr. 2 wurde in einem Gesamtantrag entschieden. Der Sport- und Kulturausschuss empfiehlt dem Rat, grundsätzlich eine Förderung des Theaters im Kloster im Haushaltsplan 2014 vorzusehen, und beauftragt den Bürgermeister zur Ermittlung der Höhe eines Zuschusses, die Mietkosten des Theaters im Kloster zu ermitteln und das Ergebnis zur nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 04.12.2013 vorzulegen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, einen jährlichen Mietkostenzuschuss in
----	-------------------------	-------------	--------------------------------------	---

				Höhe von 2.000 € in den Haushalt 2014 und Folgejahre einzustellen.
21	1.04.01 Kulturförderung Seite 213 ff.	HFWA SKA	FDP - Fraktion	Antrag: Tollitätentreff ab dem Jahr 2015 privatisieren Der SKA beschließt, den Tollitätentreff ab dem Jahr 2015 nicht mehr in städtischer Trägerschaft durchzuführen und keine Personal- und Sachmittel mehr für diese Veranstaltung vorzusehen. Erläuterung: Der Tollitätentreff ist nach Veränderung der Planung und Durchführung der Veranstaltung seitens der Stadt und aufgrund des weitgehenden Engagements der Dorfgemeinschaften der Rheinorte nunmehr aufwandneutral darzustellen (Zeile 5 und Zeile 13). Eine Abschaffung dieser städtischen Veranstaltung mit großer Tradition ist daher nicht angezeigt und folglich abzulehnen. Der Bürgermeister empfiehlt daher, dem Antrag nicht zu entsprechen. Beschluss SKA Vorlage Nr. 552/2013-2, Lfd. Nr. 7 Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Rat, den Tollitätentreff ab dem Jahr 2015 nicht mehr in städtischer Trägerschaft durchzuführen und keine Personal- und Sachmittel mehr für diese Veranstaltung ab dem Jahr 2015 im Haushaltsplan vorzusehen. 8 Stimmen für den Antrag, 6 Stimmen gegen den Antrag. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die Haushaltsmittel weiterhin zu veranschlagen.
22	1.08.01 Sport 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft Seite 273 ff. Seite 453 ff.	HFWA SKA	CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grü-ne	Antrag: Sportpauschale Der Bürgermeister wird beauftragt, die vorliegenden Anträge, die über die Sportpauschale unterstützt werden können, in einer Prioritätenliste vorzulegen. Erläuterung: Nach dem jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände pauschale Zuweisungen zur Unterstützung der Erfüllung kommunaler Aufgaben im Sportbereich. Die Sportpauschale ist somit ein pauschales Deckungsmittel und muss nicht vorab bestimmten Maßnahmen zugeordnet werden. Daher ist die Sportpauschale im Produktbereich 1.16.01 - allgemeine Finanzwirt-

			schaft – geplant. Gleichwohl sind die möglichen Verwendungszwecke für den Einsatz der Sportpauschale durch Erlasse des Finanz- und des Innenministeriums festgelegt. Die Gemeinden entscheiden in Eigenverantwortung über die zweckentsprechende Verwendung der Sportpauschale. Folgende Hinweise sind vom Innenministerium dazu erteilt worden (Erlass vom 18.09.2013): - Neu- und Erweiterungsbauten sowie Neuanlagen, Wiederaufbauten und Umbaumaßnahmen von Sportstätten; - Modernisierung, raumbildende Ausbauten und Instandsetzungen von Sportstätten; - Erwerb, Miete und Leasing von Sportstätten; - Einrichtung und Ausstattung von Sportstätten. Die Gemeinden können zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Mittel der Sportpauschale auch an Dritte, z.B. Vereine, weiterleiten, soweit diese Maßnahmen mit investivem Charakter durchgeführt und die zweckentsprechende Verwendung sichergestellt wird. Soweit die weitergeleiteten Mittel mit einer Gegenleistungsverpflichtung verbunden sind, ist eine entsprechende Aktivierung in der Bilanz vorzunehmen (dies geschieht durch die Bildung Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gem. §43 Abs. 2 GemHVO). Im Haushaltsentwurf 2014 sind Aufwendungen in Höhe von 238.800 € (Transferaufwendungen 229.300 € und sonstige ordentliche Aufwendungen 9.500 €) und Investitionen in Höhe von 1.080.000 € veranschlagt. Die Verwendung der Sportpauschale ist auf Basis der Durchschnittswerte aus Vorjahren zu 21 % konsumtiv und 79 % investiv eingeplant. Nach Ausschöpfung der Sportpauschale ist eine Finanzierung weiterer Aufwendungen durch allgemeine Deckungsmittel und weiterer Investitionen durch Kreditaufnahmen die Folge. Folgende Anträge liegen dem Bürgermeister vor: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Verein</th><th>Geplante Maßnahme</th><th>Beantragte Mittel</th><th></th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>SSV Merten</td><td>Verschiedene Maßnahmen z.B. Errichtung Schwimmbad Sanierung Heizungsanlage Jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von 12.000 €</td><td>50.000 € einmalig 12.000 € jährlich</td><td></td></tr> <tr> <td>FV Salia Sechtem</td><td>Sanierung Parkplatz</td><td>1.200 €</td><td></td></tr> <tr> <td>TuS Roisdorf</td><td>Parkplatzbau oberhalb des Sportplatzes</td><td>50.000 €</td><td></td></tr> </tbody> </table>	Verein	Geplante Maßnahme	Beantragte Mittel		SSV Merten	Verschiedene Maßnahmen z.B. Errichtung Schwimmbad Sanierung Heizungsanlage Jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von 12.000 €	50.000 € einmalig 12.000 € jährlich		FV Salia Sechtem	Sanierung Parkplatz	1.200 €		TuS Roisdorf	Parkplatzbau oberhalb des Sportplatzes	50.000 €	
Verein	Geplante Maßnahme	Beantragte Mittel																	
SSV Merten	Verschiedene Maßnahmen z.B. Errichtung Schwimmbad Sanierung Heizungsanlage Jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von 12.000 €	50.000 € einmalig 12.000 € jährlich																	
FV Salia Sechtem	Sanierung Parkplatz	1.200 €																	
TuS Roisdorf	Parkplatzbau oberhalb des Sportplatzes	50.000 €																	

				<table><tr><td></td><td>Sanierung Vereinsheim (Altbau)</td><td></td></tr><tr><td>Gesamt:</td><td></td><td>113.200 €</td></tr></table>		Sanierung Vereinsheim (Altbau)		Gesamt:		113.200 €	
	Sanierung Vereinsheim (Altbau)										
Gesamt:		113.200 €									
			Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Verwendung der im Haushalt zur Verfügung stehenden freien Mittel aus der Sportpauschale in Höhe von 30.000 €, eine Prioritätenliste zu erstellen. Beschluss SKA Vorlage Nr. 552/2013-2, 2. Ergänzungsvorlage Nr. 3 Der Bürgermeister wird beauftragt, entsprechend der Verwendung der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel aus der Sportpauschale in Höhe von 30.000 €, eine Prioritätenliste zu erstellen. einstimmig Der Sport- und Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 19.11.2013 den Bürgermeister beauftragt, entsprechend der Verwendung der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel aus der Sportpauschale in Höhe von 30.000,--€ eine Prioritätenliste zu erstellen. Ergänzende Erläuterung: Der Bürgermeister schlägt vor, die einzelnen Maßnahmen anteilig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 30.000,--€ zu bezuschussen und • dem FV Salia Sechtem für die Sanierung des Parkplatzes einen Materialkostenzuschuss in Höhe von 1.000 € • dem TuS Roisdorf für den Parkplatzausbau und die Sanierung des Vereinsheims einen Zuschuss von insgesamt 10.000 € • dem SSV Merten für die geplanten Baumaßnahmen einen Zuschuss in Höhe von 19.000 € zu gewähren. Ergänzend zu dem oben genannten Zuschuss hat der Sport- und Kulturausschuss in seiner Sitzung vom 05.06.2013 beschlossen, dem TuS Roisdorf einen Zuschuss in Höhe von 50.000,--€ für den Umbau des Tennisplatzes in einen Kunstrasenplatz zu gewähren. Zudem wurde für die Sanierung der Einfahrt zum Sportplatz ein Betrag in Höhe von 20.000,--€ in den Haushalt eingestellt; dieser Betrag war bereits im letzten Haushalt enthalten. Die Maßnahme wurde wegen des geplanten Umbaus zurückgestellt.								

				Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel aus der Sportpauschale in Höhe von 30.000,--€ wie folgt zu verteilen: <table><tr><td>Verein:</td><td>Zuschuss:</td></tr><tr><td>FV Salia Sechtem</td><td>1.000 €</td></tr><tr><td>TuS Roisdorf</td><td>10.000 €</td></tr><tr><td>SSV Merten</td><td>19.000 €</td></tr><tr><td>Gesamt:</td><td>30.000 €</td></tr></table>	Verein:	Zuschuss:	FV Salia Sechtem	1.000 €	TuS Roisdorf	10.000 €	SSV Merten	19.000 €	Gesamt:	30.000 €
Verein:	Zuschuss:													
FV Salia Sechtem	1.000 €													
TuS Roisdorf	10.000 €													
SSV Merten	19.000 €													
Gesamt:	30.000 €													
23	1.08.01 Sport Seite 273 ff.	HFWA SKA	SPD - Fraktion CDU - Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Anfrage: Sportförderung Bauvorhaben SSV Merten (1. Ergänzungsvorlage Lfd. Nr. 1) Wie beurteilt die Verwaltung das skizzierte Projekt im Hinblick auf Genehmigungsfähigkeit und einer ggf. vorhandenen Konkurrenzsituation zum Hallenfreizeitbad? Antrag: Baumaßnahmen und Investitionen beim SSV Merten (2. Ergänzungsvorlage Lfd. Nr. 4) Der Bürgermeister wird beauftragt, mitzuteilen, ob der Bau eines Schwimmbades in Regie des SSV Merten am Standort Sportplatz Merten möglich und in Hinblick auf die Auslastung und Nutzungsmöglichkeiten des Bornheimer Hallenfreizeitbades sinnvoll ist. Erläuterung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, einen derartigen Prüfauftrag zu erteilen. Beschluss SKA Vorlage Nr. 552/2013-2; 1. Ergänzungsvorlage Lfd. Nr. 1 und 2. Ergänzungsvorlage Lfd. Nr. 4: Die Lfd. Nr. 1 und 4 wurden zusammen behandelt. Der Bürgermeister wird beauftragt, mitzuteilen, ob der Bau eines Schwimmbades in Regie des SSV Merten am Standort Sportplatz Merten planungs- und bauordnungsrechtlich möglich und in Hinblick auf die Auslastung und Nutzungsmöglichkeiten des Bornheimer Hallenfreizeitbades sinnvoll ist. einstimmig Ergänzungsantrag:										

				Der SKA empfiehlt dem Rat, 3.000 € als Anschubfinanzierung für das geplante Projekt des SSV Merten in den Haushalt einzustellen. einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, 3.000 € als Anschubfinanzierung für das geplante Projekt des SSV Merten in den Haushalt einzustellen.
24	1.08.01 Sport Seite 273 ff.	HFWA SKA	Antrag CDU Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Kunstrasenplatz SC Widdig Der Bürgermeister wird beauftragt, für den SC Widdig die Errichtung eines Kunstrasenplatzes 2014 einzuplanen. Erläuterung: Der Zuschuss in Höhe von 50.000 € für den SC Widdig nach dem Mertener Modell wurde bereits in die Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2014 aufgenommen. Beschluss SKA Vorlage Nr. Nr. 552/2013-2, 1. Ergänzungsvorlage Lfd. Nr. 5 Der Sport- und Kulturausschuss empfiehlt dem Rat, entsprechend der Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2014 für den SC Widdig zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes 2014 Mittel in Höhe von 50.000 Euro im Haushaltsplan 2014 zu berücksichtigen. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, entsprechend der Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2014 für den SC Widdig zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes Mittel in Höhe von 50.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.
25	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff. 1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung, - bewirtschaftung Seite 335 ff.	HFWA VPLA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Prioritätenliste für Gebäude- und Straßenunterhaltung Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Gebäude- und Straßenunterhaltung Prioritätenlisten anzulegen und über den Fortgang jedes Quartal zu berichten. Erläuterung: zu 1.12.02: Die Straßenunterhaltung ist gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2007 (Vorlage 339/2007-2) an den Stadtbetrieb Bornheim übertragen. Der Antrag bedingt eine entsprechende Änderung des o. a. Ratsbeschlusses. Inhaltlich ist die Straßenunterhaltung der Straßen, Wege, Plätze inklusive Brücken, Parkplät-

				ze u. sonstige Bauten der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Bornheim so definiert, dass sie der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit nach den gesetzlichen Bestimmungen genügen soll. Der Bürgermeister verweist zum Sachverhalt auf die Ausführungen zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2007 (Vorlage 253/2007-9). Hierin führte der Bürgermeister aus, dass für die Straßenunterhaltung eine grundsätzliche Zielfestsetzung noch aussteht. Diese wäre zum Beispiel wie folgt zu definieren: „Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit ohne Wert- und Substanzerhaltung bei minimaler Investition“ (wie seit vielen Jahren praktiziert) oder „Herstellung und dauerhafte Sicherstellung der Verkehrssicherheit unter dem Aspekt der Substanz- und Werterhaltung bei entsprechend hohem Investitionsvolumen“. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Gebäude- und Straßenunterhaltung Prioritätenlisten anzulegen und über den Fortgang jedes Quartal zu berichten. Einstimmig. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, für die Gebäude- und Straßenunterhaltung Prioritätenlisten anzulegen und über den Fortgang der Angelegenheit jedes Quartal zu berichten.
26	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung,- bewirtschaftung Seite 335 ff.	HFWA VPLA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Erweiterung der Straßenbeleuchtung auf der Grünewaldstraße Der Bürgermeister wird beauftragt, die Straßenbeleuchtung auf der Grünewaldstraße um 2 Leuchtstellen zu erweitern (siehe Vorlagen 111/2013-9 und 389/2013-9). Erläuterung: Der Bürgermeister weist auf die Ausführungen in den o.a. Vorlage hin und stellt heraus, dass eine Ergänzung der Straßenbeleuchtung entlang des Wirtschaftsweges, der parallel zur Grünewaldstraße verläuft, um 2 Leuchtstellen, lediglich die Erweiterung des vorhandenen Ausleuchtungsprovisoriums dargestellt, die zwar den Nutzungsansprüchen genügt, aber nicht den aktuellen DIN-Vorschriften. Die Kosten für die Erweiterung des Provisoriums werden, mit Stromversorgung über Freileitung, mit 4.000 Euro angegeben. Die Folgekosten für Wartung und Betrieb mit rd. 200 Euro/a. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Bürgermeister wird beauftragt, die Straßenbeleuchtung an der Grünewaldstraße um 2 Leuchtstellen zu erweitern (siehe Vorlagen 111/2013-9 und 389/2013-9)

				22 Stimmen für den Antrag 01 Stimme gegen den Antrag Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die Straßenbeleuchtung an der Grünwaldstraße um 2 Leuchtstellen zu erweitern und diese im Rahmen des vorhandenen Budgets zu finanzieren.
27	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung, - bewirtschaftung Seite 387	HFWA VPLA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Erweiterung Parkplatz Servatiusweg Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erweiterung des Parkplatzes Servatiusweg nur bei Bedarf vorzunehmen und dies auch so im Haushalt auszuweisen. Erläuterung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken zu o.a. Antrag und empfiehlt, das o. a. Projekt nur nachrichtlich im Haushaltsplan darzustellen, ohne einen konkreten Ansatz, und die Maßnahme im Straßenbauprogramm bei der Fortschreibung entsprechend anzupassen. Der Bürgermeister empfiehlt, das Projekt im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung aufzunehmen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erweiterung des Parkplatzes Servatiusweg nur bei Bedarf vorzunehmen und dies auch so im Haushalt auszuweisen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die Erweiterung des Parkplatzes Servatiusweg nur bei Bedarf vorzunehmen und die veranschlagten Haushaltsmittel mit Sperrvermerk in den Haushalt 2014 einzustellen.
28	1.01.14 Liegenschaftsverwaltung Seite 88 ff.	HFWA VPLA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Erlöse aus Veräußerungen Der Bürgermeister wird beauftragt, eine differenzierte Auflistung der Erlöse aus Veräußerung von städtischen Liegenschaften vorzulegen. Erläuterung: Antrag wurde zurückgezogen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Antrag wurde zurückgezogen Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.

29	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff.	HFWA VPLA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: Barrierefreie Nutzung zu Schul- und Sportstätten Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme zur barrierefreien Nutzung von Schul- und Sportstätten zu erstellen und die Kosten für Umbaumaßnahmen zu beziffern und die Maßnahmen nach Priorität aufzulisten. Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Erläuterung - Alternativvorschlag: Im Rahmen der Aufstellung des Aktionsplanes „Inklusive Bildung in Bornheim“ werden neben dem Bedarf an Personal, Lehr-, Lern- und Sachmitteln auch die baulichen Anforderungen an die Barrierefreiheit in Schulen und Kindergärten formuliert. Ausgehend von einer Prioritätensetzung des Rates zur Umsetzung von einrichtungs- und standortbezogenen Inklusionsentwürfen wird der entsprechende bauliche Bedarf ermittelt und in die Maßnahmenplanung der städtischen Bauvorhaben integriert. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von dem dargelegten Sachverhalt und stellt fest, dass die notwendigen Planungskosten im Rahmen des vorhandenen Budgets aufgefangen werden.
30	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung Seite 286 ff.	HFWA VPLA	SPD – Fraktion	Antrag: Räumliche Planung und Entwicklung Planung Umbau Einmündung Sechtemer Weg / Königstraße Ansatz 20.000 € Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. Erläuterung: Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Rahmenplanung Bornheim-West haben sich einige Fragestellungen zum Thema Verkehr ergeben. Hier soll zunächst ein Verkehrsgutachten klären, welche Auswirkungen die Planung hat und welche Maßnahmen grundsätzlich empfohlen werden können. In die Gesamtbeurteilung ist auch der Einmündungsbereich Königstraße/ Sechtemer Weg einbezogen. Die Ergebnisse sollten zunächst abgewartet und die Handlungsempfehlungen im zuständigen Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften vorgestellt werden. Anschließend kann ggf. eine Aufnahme in das Straßenverkehrsprogramm

				beschlossen werden oder ein möglicher Umbau mit der Erschließung des Baugebietes Bornheim-West erfolgen. Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen, da noch gutachterliche Untersuchungen durchzuführen und entsprechende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten sind. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. Einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
31	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung Seite 286 ff.	HFWA VPLA	SPD – Fraktion	Antrag: Räumliche Planung und Entwicklung Planungskosten Umnutzung ehemaliger Sportplatz Hersel Ansatz 15.000 € Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. Erläuterung: Für die Umgestaltung des ehemaligen Sportplatzes Hersel liegen derzeit lediglich anteilige Mittel aus den Kompensationszahlungen zum geänderten Bebauungsplan Hersel 206 vor. Damit kann nur eine Teilfläche neu gestaltet werden. Soweit Planungsmittel für die Umgestaltung bereit gestellt werden, sollte auch ein Ansatz für die Realisierung entsprechend in den Haushalt aufgenommen werden. Sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden, wird empfohlen, die Planungskosten für 2015 im Haushalt FB 6 oder SUA vorzusehen und darüber hinaus weitere Mittel für die Umsetzung bereitzustellen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, für die Planung zur Umnutzung des ehemaligen Sportplatzes Hersel 15.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen.

32	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung Seite 286 ff.	HFWA VPLA	SPD - Fraktion	Antrag: Räumliche Planung und Entwicklung Ideenwettbewerb und Maßnahmen zu Umfeldverbesserungen in den einzelnen Ortsteilen (fortlaufend in den Folgejahren) 10.000 € (vorh. Planmittel) Erläuterung: Der Bürgermeister hat unter dem Titel Rahmenplanungen mit einer Teilsumme auch das Stadtmarketing eingeschlossen. Damit sind ab 2015 für eine ähnliche Planung bereits Mittel vorgeschlagen. In den Planungsmitteln 2014 ist eine Summe von 10.000 € vorgesehen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und stellt fest, dass entsprechende Haushaltsmittel bereits in 2015 eingeplant sind und beauftragt den Bürgermeister, ein entsprechendes Konzept dem VPLA vorzulegen.
33	1.10.03 Wohnungsbauförderung Seite 305 ff.	HFWA VPLA	SPD - Fraktion	Antrag: Wohnungsbauförderung Sozialer Wohnungsbau, Initiativen und Investorensuche, Antrag Ansatz 2.000 € Erläuterung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, für die Suche von Investoren 2.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Die Anträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion werden zusammen behandelt. Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus für die Suche von Investoren 2.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen.

34	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff.	HFWA VPLA	SPD - Frakti- on	Antrag: Straßenbau, Unterhaltung etc. Deckenerneuerung auf Straßen Ansatz 250.000 € Folgejahre: jährlich 1 km Erläuterung: Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Deckenerneuerung auf Straßen im beschriebenen Umfang eine Maßnahme/Projekt darstellt, dass bei der Fortschreibung des Straßenausbauprogramms berücksichtigt werden sollte und weist ferner auf die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage 088/2013-9 „Fort-schreibung Straßenbauprogramm“ hin, wo die Realisierbarkeit der dort aufgeführten Projekte in Abhängigkeit der Leistungskapazitäten der Verwaltung aufgezeigt wird. Demnach würde die Aufnahme eines zusätzlichen/neuen Projektes, dessen Realisierung in 2014 realistisch stattfinden soll, eine Streichung eines anderen Projektes in gleicher Größenordnung bedeuten. Die o. a. Bauleistung stellt eine Unterhaltungsleistung (konsumtiv) dar und ist nicht refinanzierbar. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
35	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff	HFWA VPLA	FDP - Frakti- on	Antrag: Erhöhung des Erhaltungsaufwands im Straßennetz Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, bis zur Sitzung des HFWA darzustellen, wie der Erhaltungsaufwand der Straßen auf 60 Cent pro Quadratmeter (50 Prozent der Empfehlung für eine nachhaltige Substanzerhaltung) angehoben werden kann. Erläuterung: Bei Anhebung des notwendigen Budgets wären die derzeit vorgesehene Erhaltungsmaßnahmen entsprechend auszuweiten. Eine nachhaltige, die Substanz erhaltende Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze inklusive Brücken, Parkplätze u. sonstige Bauten der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur erfordert gemäß der Empfehlung 1,20€/m² pro Jahr. Gemäß der beantragten Darstellung, wären die Ansätze für die Straßenunterhaltung auf rd. 3.800.000 Euro pro Jahr anzuheben, bei einem Ansätze 50% der Empfehlung, entsprechend auf 1.900.000 Euro/a. Der Bürgermeister verweist zum

				Sachverhalt auch auf die Ausführungen zum Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2007 (Vorlage 253/2007-9) sowie auf die Ausführungen im Straßenbauprogramm in Bezug auf die Leistungskapazität des Fachbereiches Tiefbau. Für eine Verausgabung der o. a. Mittel müssten die Personalkapazitäten deutlich erhöht werden und die Straßenunterhaltung qualitativ und quantitativ neu definiert werden. Diese wäre zum Beispiel vom derzeitigen Status (Ist: „Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit ohne Wert- und Substanzerhaltung bei minimaler Investition“ (wie seit vielen Jahren praktiziert)) auf den Status: „Herstellung und dauerhafte Sicherstellung der Verkehrssicherheit unter dem Aspekt der Substanz- und Werterhaltung bei entsprechend hohem Investitionsvolumen“ neu zu definieren. Eine damit einhergehende Erhöhung des Sachaufwandsbudgets wird zur Anhebung des Fehlbetrages im Ergebnisplan und zu einer Minderung des Eigenkapitals führen. Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters. .
36	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff	HFWA VPLA	SPD - Fraktion	Antrag: Straßenbau, Unterhaltung, etc. Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Begehungen des Seniorenbeirates. Der Beirat ist an der Erstellung einer Prioritätenliste zu beteiligen. Ansatz 10.000 € Erläuterung: Die Verwaltung verweist auf die Ausführungen in der Vorlage 556/2013-9 zur Sitzung des Seniorenbeirates am 06.11.2013 Der Bürgermeister wird die personellen und finanziellen Maßnahmen in einer Liste darlegen und diese Liste abarbeiten. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des

				Bürgermeisters.
37	1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung Seite 289 ff	HFWA VPLA	SPD – Fraktion	Antrag: Straßenbau, Unterhaltung etc. Radwegeverbindung durch Roisdorf bis zur Gemeindegrenze Bonn, Planungskosten (für den Fall, dass Radschnellweg nicht realisiert werden kann) 5.000 € Erläuterung: Der Landesminister hat am 20.11.13 bekannt gegeben, welche Projekte als Radschnellweg gefördert werden. Die Verwaltung hat hierüber in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften berichtet. . Sollte das Projekt des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Bonn nicht ausgewählt werden, besteht derzeit keine Ersatzlösung seitens der Stadt Bornheim. Für eine alternative Planung müsste ein entsprechender Beschluss im Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften gefasst werden. Da die Radschnellweg nach Bonn nicht realisiert kann, besteht Bedarf für eine Ersatzlösung. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, 5.000 € für die Planung in den Haushalt 2014 einzustellen.
38	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff	HFWA VPLA	SPD - Fraktion	Antrag: Straßenbau, Unterhaltung, etc. Straßeneinmündung Heiligersstraße/Siegesstraße in Roisdorf Verbreiterung Einfahrtradius' (Einstellung des Ansatzes im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für 2015) 22.500 € Erläuterung: Auch zu diesem Antrag weist die Verwaltung auf die Ausführungen in der Vorlage 088/2013-9 „Fortschreibung Straßenbauprogramm“ hin, wo die Realisierbarkeit der dort aufgeführten Projekte in Abhängigkeit der Leistungskapazitäten der Verwaltung aufgezeigt wird. Demnach würde die Aufnahme zusätzlicher/neuer Projektes, dessen Realisierung in 2014 realistisch stattfinden soll, eine Streichung anderer Projekte in gleicher Größenordnung bedeuten.

				Die o. a. Bauleistung stellt eine investive Bauleistung und ist nicht refinanzierbar. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück und stellt den Antrag, diese Maßnahme in das Straßenausbauprogramm für die Folgejahre aufzunehmen. einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die aufgeführte Maßnahme in das Straßenausbauprogramm für die Folgejahre aufzunehmen.
39	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff	HFWA VPLA	SPD – Fraktion	Antrag: Schulwegsicherung Entfernung von Blumenkübeln in Sechtem im Bereich Krausplatz aus Mitteln Schulwegsicherung Erläuterung: Sofern sich die Blumenkübel im öffentlichen Verkehrsraum befinden, beschreibt der Antrag ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Die Verwaltung prüft den Sachverhalt im Zuständigkeitsbereich als Straßenbaulastträger und Straßenverkehrsbehörde in Abhängigkeit der Kapazitäten und der straßenverkehrlicher Relevanz. Der Antrag hat keine Auswirkungen auf die Haushaltsplanberatungen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag hat sich erledigt. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
40	1.01.15 Gebäudewirtschaft Seite 96 ff.	HFWA VPLA	FDP - Fraktion	Antrag: Erhöhung des Erhaltungsaufwands in der Gebäudewirtschaft Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, bis zur Sitzung des HFWA darzustellen, wie das Verhältnis von Erhaltungsaufwand zu Gebäudeneuwert auf 1,2 Prozent (KGSt-Empfehlung) angehoben werden kann. Erläuterung: Unter Voraussetzung einer entsprechenden Budgetanhebung und Regelung der personellen Ressourcen wären für alle Gebäude umfassende Sanierungskonzepte zu erarbeiten. Eine damit einhergehende Erhöhung des Sachaufwandsbudgets wird zur Anhebung des Fehlbetrages im Ergebnisplan und zu einer Minderung des Eigenkapitals füh-

				ren. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Über den Antrag der FDP-Fraktion wurde nicht abgestimmt. Der Antrag der CDU-Fraktion, dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zu entsprechen, wurde mit einem Stimmenverhältnis von 16 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD tw., B 90/Die Grünen,. UWG, van den Berg) 02 Stimmen gegen den Antrag (FDP) 05 Stimmenthaltungen (SPD tw., Breuer) angenommen. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und beschließt, dem Antrag nicht zu entsprechen.
41	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff	HFWA VPLA	FDP - Fraktion	Antrag: Kreisverkehr Bonner Straße/Herseler Straße / Siegesstraße streichen Antwort Entsprechend der Beschlusslage der Gremien ist der Ansatz im Haushaltsentwurf enthalten. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der VPLA streicht den Kreisverkehr Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße aus dem Investitionsprogramm. 02 Stimmen für den Antrag (FDP) 09 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B 90/Die Grünen, UWG) 10 Stimmenthaltungen (CDU, van den Berg, Breuer) Der Antrag ist damit abgelehnt. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beschließt, dem Antrag nicht zu entsprechen
42	1.12.02 Straßenbau,- unterhaltung -bewirtschaftung Seite 335 ff.	HFWA VPLA	FDP - Fraktion	Antrag: Maßnahme Heerweg vorziehen Der VPLA zieht die Planungen für den Ausbau des Heerwegs als verkehrswichtige Straße in das Haushaltsjahr 2014 vor und beauftragt den Bürgermeister, für diese Maßnahme Fördermittel zu beantragen. Antwort Der Bürgermeister verweist hierzu auch auf die Ausführungen im Straßenbauprogramm in Bezug auf die Leistungskapazität des Fachbereiches Tiefbau und den hierzu erfolgten Beschluss.

				Der Bürgermeister empfiehlt, dem Antrag nicht zu entsprechen. Beschluss VPLA Vorlage Nr. 563/2013-2 Der Antrag wird zurückgezogen. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
43	1.06.02 Kinder- und Jugendarbeit Seite 247 ff.	HFWA JHA	CDU – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Grüne	Antrag: GUT DRAUF Projekte Der Bürgermeister wird beauftragt, die GUT DRAUF Projekte zu beschreiben und eine Evaluation der bisherigen Projekte vorzulegen. Erläuterung: Die bisherigen Projekte im Rahmen der Aktion GUT DRAUF inklusive Evaluation sind beiliegend dargestellt. Für alle Projekte im Sachgebiet Jugendpflege/ Jugendschutz werden jeweils vor Projektbeginn Projekt-beschreibungen angefertigt. Eine beispielhafte Projektbeschreibung für die Veranstaltung Soccer by Night liegt bei. Die Evaluation ist ebenfalls abgebildet. Zusätzlich zur Evaluation durch den Fragebogen findet auch immer eine Nachbesprechung mit den am Projekt beteiligten Institutionen statt. Diese beiden Auswertungen fließen dann in die Weiterentwicklung der jeweiligen Projekte ein. Für das Jahr 2014 sind bisher folgende Projekte in der Planung: Stadtmeisterschaften D-Jugend am 02.02.2014 Die Sportvereine sind wichtiger Partner bei der Aktion GUT DRAUF. Am 02.02.2014 werden die Hallenfußballstadtmeisterschaften der D-Jugend ausgetragen. Hier finden wieder die drei Säulen von GUT DRAUF Anklang: Bewegung, Entspannung und gesunde Ernährung. Soccer by Night im September 2014 „Soccer by Night“ als Hallenfußballevnt hat sich mittlerweile zu einer festen jährlich statt findenden Größe in der Angebotsreihe der Bornheimer Jugendhilfe etabliert. Durch den Fair-Play-Charakter und das sportliche Kräftenessen wird die Toleranz und Akzeptanz der Jugendlichen untereinander gefördert, Vorurteile können schnell abgebaut werden und dem Aktions- und Bewegungsdrang der jungen Menschen wird Rechnung getragen.

				Die gesamte Veranstaltung findet unter dem Gut Drauf - Gedanken statt: Bewegung, Entspannung und gesunde Ernährung. Nach dem erfolgreichen Tore schießen gibt es für die Jugendlichen die Möglichkeit zum entspannten Chillen in der Relax-Lounge. Zur Stärkung gibt es gesunde Snacks und Getränke an der „Null-Promillo-Bar“. Organisiert und durchgeführt wird das Turnier vom Jugendamt der Stadt Bornheim, dem Bornheimer Jugendtreff, den Streetworkern der Stadt Bornheim, dem Jugendbus der RheinFlanke gGmbH, dem Stadtteilbüro und der KOT „Der Turm“. Auf die entsprechenden Anlagen zu dieser Ergänzungsvorlage wird hingewiesen. Beschluss JHA Vorlage Nr. 564/2013-2 Der Bürgermeister wird beauftragt, die GUT DRAUF Projekte zu beschreiben und eine Evaluation der bisherigen Projekte vorzulegen. Einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die GUT DRAUF Projekte zu beschreiben und eine Evaluation der bisherigen Projekte vorzulegen.
44	1.06.03 Erzieherische Hilfen Seite 264 ff.	HFWA JHA	SPD - Fraktion	Antrag: Verdopplung Ansatz Familienhebamme Ansatz 26.000 €. Erläuterung: In dem betreffenden Sachkonto sind für die Familienhebamme 15.500 €, als Zuschuss zum Projekt "Mama Mia" (Diakonie) 5.000 € und für Aufwendungen für beschütztes Umgangsrecht 5.200 € eingeplant. Insgesamt ein Aufwand von 25.700 €. Der Bürgermeister empfiehlt, hiervon Kenntnis zu nehmen. Beschluss JHA Vorlage Nr. 564/2013-2 Der Jugendhilfeausschuss verweist den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
45	1.06.02 Kinder- und Jugendarbeit Seite 247 ff.	HFWA JHA	SPD - Fraktion	Antrag: Wiederaufnahme Jugendangebot Merten Ansatz 20.000 €. (Restansatz auch für andere Orte, Aufstockung nach Maßgabe des aktualisierten Jugendförderplans)

			Erläuterung: Im Rahmen der Schließung des Café Carlsons wurden die Beträge für dieses umverteilt. Ein Teil wurde für das Projekt „Kulturraum Bornheim“ in Merten mit einer Laufzeit von vorerst zwei Jahren aufgewendet, ein anderer Teil für den Kinder Treff im Bornheimer JugendTreff. Bereits im Wirksamkeitsdialog mit dem Träger des Projektes „Kulturraum Bornheim“ im März 2012 zeichnete sich ab, dass die Teilnehmerzahlen für die regelmäßigen Angebote in Merten sehr gering sind. Eine Auswertung ergab: • Spieltestergruppe: 5 Teilnehmer und Teilnehmerinnen • Rollenspielgruppe: 4 – 6 Teilnehmer und Teilnehmerinnen • Kurzfilm AG: 3 Teilnehmer und Teilnehmerinnen Bei den Projektworkshops war der Zulauf etwas höher. Auch im Jahr 2013 sind bei den regelmäßigen Angeboten die Teilnehmerzahlen kaum angestiegen. Es ist festzustellen, dass Jugendliche sich sehr ungerne auf regelmäßige Angebote einlassen, sondern eher an projektorientierten Angeboten teilnehmen, bzw. wie in einem Offenen Treff der Fall ist „einfach mal so vorbeikommen“. Dementsprechend wurden die angebotenen Projekte in Merten nicht gut angenommen. Weiterhin gibt es in Merten Angebote, die für die Jugendlichen weniger verbindlich sind, z.B. Hallenfußballspiel mit den Streetworkern, die Angebote vom Jugendbus der RheinFlanke, Café Dreieck der Katholischen Jugend Merten. Aus fachlicher Sicht war eine Fortsetzung des Angebotes in Merten nicht sinnvoll und zielführend. Dementsprechend wurde eine Verlagerung des Angebotes in Merten, bzw. die Zusammenführung der Angebote Merten und Offener Treff Sechtem sehr begrüßt. Mit dieser Zusammenlegung konnte sowohl der Offene Treff in Sechtem realisiert werden, als auch Projekte im Rahmen der Jugendarbeit in Merten. Im Vertrag mit dem Träger ist festgehalten, dass dieser in den Sozialräumen Sechtem und Merten Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen eines Offenen Treffs und Projekten vorhält. Der vorliegende Antrag erstreckt sich auf die Wiederaufnahme Jugendangebot Merten Ansatz 20.000 € ab. Geänderter Antrag: Aufstockung der Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit um 20.000 € (Angebote in
--	--	--	---

			Merten und anderen Sozialräumen im Stadtgebiet Bornheim) Beschluss JHA Vorlage Nr. 564/2013-2 Der Jugendhilfeausschuss verweist den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Einstimmig Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, die Jugendhilfeplanung zu aktualisieren und fortzuschreiben sowie bei Bedarf auf Basis der aktualisierten Fortschreibung entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt 2015 einzustellen.
46			Beschluss JHA Vorlage Nr. 564/2013-2 3. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 564/2013-2 –Änderungsliste konsumtiv- Der Jugendhilfeausschuss verweist den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Einstimmig Die dort aufgeführten Änderungen sind in die Änderungsliste zu dieser Ergänzungsvorlage eingeflossen.
47			Beschluss JHA Vorlage Nr. 564/2013-2 4. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 564/2013-2 –Änderungsliste investiv- Der Jugendhilfeausschuss verweist den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Einstimmig Die dort aufgeführten Änderungen sind in die Änderungsliste zu dieser Ergänzungsvorlage eingeflossen.
48		HFWA ASS	Antrag: Der ASS beschließt, in jedem Haushaltsjahr 40.000 Euro für die Sanierung von Toilettenanlagen an Schulen vorzusehen. Erläuterung: Der Bürgermeister hat grundsätzlich keine Bedenken, dem Antrag zu entsprechen. Vor einer konkreten Erfassung ist des Aufwandes ist der Betrag jedoch wenig fundiert. Die Verwaltung hat in ihrer Maßnahmenliste ebenfalls in 2014 einen Betrag vorgesehen (siehe Maßnahmenliste). Beschlussentwurf: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen empfiehlt dem Rat, in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 jeweils 40.000 Euro für

				die Sanierung von Toilettenanlagen an Schulen vorzusehen. Beschluss ASS Vorlage Nr. 565/2013-2 Es wurde festgestellt, dass der Antrag mit der lfd. Nr. 9 (Seite 4) von der FDP-Fraktion gestellt wurde (nicht SPD-Fraktion). Antrag des AM Paul Breuer betr. Änderung des Verfahrens, die einzelnen Anträge der Fraktionen zur Beschlussfassung in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu verweisen und diese stattdessen im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel zu beschließen. 1 ja 1 Enthaltung 15 nein Beschluss: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2014 und die Stellungnahmen des Bürgermeisters hierzu zur Kenntnis. einstimmig (eine Enthaltung) Beschlussentwurf HFWA: Der HFWA nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.
--	--	--	--	---

1.06.01 Kindertagesbetreuung

Strategisches Ziel 1:

Bedarfsgerechtes Angebot an Tagesbetreuung für Kinder, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt.

Operatives Ziel / Kurzbeschreibung / Maßnahmen:

Realisierung einer bedarfsgerechter Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen

Kennzahlen zur Zielerreichung:	Ist 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Anzahl der Kinder in Bornhelm zwischen 0 und 6 Jahren	2.802	2.808	2.448	2.420	2.400	2.400
Anzahl der betreuten Kinder in Bornhelm zwischen 0 und 6 Jahren	1.608	1.675	1.770	1.714	1.695	1.695
% von gesamt Bornhelm	61,3%	60,0%	71,8%	70,8%	70,6%	70,6%
davon städtische Kindertagesstätten	898	740	782	711	898	898
% von betreut gesamt	55,8%	44,2%	44,2%	41,5%	52,3%	52,3%
davon Private Träger	709	935	988	943	897	897
% von betreut gesamt	43,9%	55,8%	55,8%	54,5%	52,3%	52,3%
davon Kindertagespflege	97	120	100	160	170	170
% von betreut gesamt	6,0%	7,2%	5,6%	9,3%	10,1%	10,1%
Gesamtkosten der Kindertagesbetreuung* (€)	11.908.408	12.850.151	14.114.724	14.982.278	14.571.571	14.727.008
davon städtische Kindertagesstätten (€)	8.893.894	8.874.887	7.498.888	7.700.398	7.727.898	7.790.398
davon Private Träger (€)	3.014.514	3.975.264	6.615.836	7.281.880	6.843.673	6.936.610
davon Kindertagespflege (€)	999.999	1.000.000	999.999	999.999	999.999	999.999
€ Betreuungskosten pro Kind gesamt (€)	7.468,48	7.671,78	8.008,88	8.378,88	8.598,88	8.658,88
€ Betreuungskosten pro Kind Kitz Bornhelm (€)	8.888,87	8.428,88	8.888,87	10.888,88	11.888,88	11.888,88
€ Betreuungskosten pro Kind Kitz Private Träger (€)	7.088,88	8.428,88	8.888,88	8.888,88	7.088,88	7.088,88
€ Betreuungskosten pro Kind Kindertagespflege (€)	8.088,88	8.428,88	8.888,88	8.888,88	8.888,88	8.888,88

* Inklusive U2-Ausbau, inkl. Kosten Gebäudewirtschaft aus FBG, Verrechnungskosten Kitz bei städtischen Kitz

Strategisches Ziel 2:						
Sicherstellung des Rechtsanspruches nach § 24 SGB VIII und KiföG für Kinder im Alter von 0 – 6 Jahren						
Operatives Ziel / Kurzbeschreibung / Maßnahmen:						
Realisierung der im Kindergartenbedarfsplan festgesetzten Versorgungsquoten (anteilig bezogen auf die Ausbaustufe ab 01.08.2013)						
Kennzahlen zur Zielerreichung:	Ist	Ansatz	Ansatz	Plan	Plan	Plan
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl der Kinder in Bornheim im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	1.111	1.173	1.083	1.150	1.150	1.150
Anzahl der betreuten Kinder in Bornheim im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	262	410	450	508	508	508
Versorgungsquote in % Richtwert zum 01.08.2013 = 35%	23,6%	35,0%	41,6%	44,2%	44,2%	44,2%
Anzahl der Kinder in Bornheim im Alter von 3 Jahren bis Schulpflicht	1.391	1.336	1.360	1.270	1.250	1.250
Anzahl der betreuten Kinder in Bornheim im Alter von 3 Jahren bis Schulpflicht	1.277	1.265	1.300	1.206	1.187	1.187
Versorgungsquote in % Richtwert zum 01.08.2013 = 100%	91,8%	94,7%	95,6%	95,0%	95,0%	95,0%

1.06.03 Jugendhilfe / Erzieherische Hilfe

Strategisches Ziel:

Sicherstellung des Rechts junger Menschen auf:

- Förderung und Entwicklung
- Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten

Operatives Ziel / Kurzbeschreibung / Maßnahmen :

- Wahrnehmung der Aufgaben des öffentlichen Trägers nach den Vorgaben des SGB VIII.
- Ambulante und stationäre Hilfemaßnahmen zur Erziehung für junge Menschen, wobei ambulante Hilfen den stationären Hilfen, wenn möglich, vorzuziehen sind.

Kennzahlen zur Zielerreichung:	Ist	Ansatz	Ansatz	Plan	Plan	Plan
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl der Hilfemaßnahmen pro Jahr gesamt:	282	282	282	282	282	282
davon stationär	71	71	71	71	71	71
davon ambulant	189	189	189	189	189	189
davon Inobhutnahme	22	22	22	22	22	22
Kosten der Hilfemaßnahmen gesamt (€)	3.983.804	3.362.500	4.836.000	4.836.000	4.836.000	4.836.000
davon stationär (€)	2.063.898	2.111.000	2.603.000	2.603.000	2.603.000	2.603.000
% von gesamt	51,8%	62,8%	53,8%	53,8%	53,8%	53,8%
davon ambulant (€)	1.845.331	1.171.500	2.153.000	2.153.000	2.153.000	2.153.000
% von gesamt	46,3%	34,8%	44,5%	44,5%	44,5%	44,5%
davon Inobhutnahme (€)	74.575	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
% von gesamt	1,9%	2,4%	1,7%	1,7%	1,7%	1,7%
Ø Kosten pro Hilfemaßnahme (€)	14.126,96	11.923,76	17.148,94	17.148,94	17.148,94	17.148,94
Ø Kosten pro stationärer Hilfemaßnahme (€)	29.068,99	29.732,39	36.661,97	36.661,97	36.661,97	36.661,97
Ø Kosten pro ambulanter Hilfemaßnahme (€)	9.763,66	6.198,41	11.391,53	11.391,53	11.391,53	11.391,53
Ø Kosten pro Inobhutnahme (€)	3.389,77	3.636,36	3.636,36	3.636,36	3.636,36	3.636,36